Kantonsrat
Parlamentsdienste

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

A 0228/2026 (STK)

Auftrag fraktionsübergreifend: Bürokratieabbau mit System - periodische Überprüfung des kantonalen Regulierungsbestands (09.09.2026)

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein dauerhaftes Verfahren zur regelmässigen Überprüfung des bestehenden kantonalen Regulierungsbestands einzuführen.

Das Verfahren umfasst insbesondere:
- wie Gesetze, Verordnungen sowie Bewilligungs-, Melde- und Nachweispflichten systematisch auf ihre Notwendigkeit, Verhältnismässigkeit und Praxistauglichkeit überprüft werden können;
- wie überholte, unnötige oder unverhältnismässige Vorschriften vereinfacht oder aufgehoben werden können;
- wie Bevölkerung, Gemeinden und Unternehmen unnötige administrative Belastungen einfach melden können;
- wie die Ergebnisse regelmässig in einem «Löschpaket» gebündelt und dem Kantonsrat unterbreitet werden können;
- wie im Rahmen der Frühlingssession jährlich eine «Löschwoche» durchgeführt werden kann, in welcher diese Vereinfachungen prioritär behandelt werden;
- ob für neue Regulierungen Befristungs-, Evaluations- oder Überprüfungsklauseln vorgesehen werden sollen.

Der Regierungsrat berichtet dem Kantonsrat periodisch über die erreichten Vereinfachungen und den Abbau administrativer Belastungen.

Begründung 09.09.2026: schriftlich.

Der Bestand kantonaler Vorschriften wächst kontinuierlich. Während neue Regulierungen sorgfältig geprüft werden, fehlt ein systematischer Prozess, um bestehende Regelungen regelmässig auf ihre Notwendigkeit und Aktualität zu überprüfen.
Mit einem dauerhaften Überprüfungsverfahren und einer jährlich stattfindenden «Löschwoche» wird der Bürokratieabbau institutionell verankert. Überholte Vorschriften können regelmässig vereinfacht oder aufgehoben werden. Gleichzeitig erhalten Bevölkerung, Gemeinden und Unternehmen die Möglichkeit, konkrete Verbesserungsvorschläge einzubringen. Zusätzliche Behörden oder Verwaltungsstrukturen sind dafür nicht erforderlich.
Die vorgeschlagene Massnahme ist pragmatisch, kosteneffizient und setzt ein starkes Signal für eine schlanke, verständliche und bürgernahe Gesetzgebung auf kantonaler Ebene. Der Auftrag verfolgt keine Deregulierung um ihrer selbst willen. Notwendige Vorschriften sollen bestehen bleiben. Wo staatliche Ziele einfacher und mit weniger administrativem Aufwand erreicht werden können, sollen diese Möglichkeiten konsequent genutzt werden.

Unterschriften: Stärkle Diana; Ackermann Stefan, Aschberger Richard, Beer Samuel, Borner Matthias, Bürgi Denise, Conti Roberto, Fischer Tobias, Giger Thomas, Jacomet Pascal, Kiefer Robin, Läng Adrian, Plüss David, Probst Daniel, Ruchti Werner, Stöckli Silvia, von Arx Thomas, Wenger Thomas, Winistörfer Marc, Wyss Marianne (20)